

„Politik muss gute Bedingungen schaffen“



SCHRAMBERG – Digitalisierung ist ihr Thema als Politikerin – und da sie aus der Kommunalpolitik und Oberschwaben kommt, interessiert sich die Bündnis-Grüne Bundestagsabgeordnete Margit Stumpp besonders für die Digitalisierung und ihre Probleme im ländliche Raum.

Der Grüne Kreisverband hatte ihr vorgeschlagen, das Unternehmen von Uli Bauknecht in Schramberg zu besuchen, denn dieser entwickelt zusammen mit einem jungen Team Software für Kommunen und den Einzelhandel. Der Diplomingenieurin Stumpp kam das gerade recht. Auch Schrambergs Oberbürgermeister Thomas Herzog nutzte die anderthalb Stunden, um mit den beiden und einigen Vertretern der Grünen über die digitale Infrastruktur und die Aufgaben der großen und kleinen Politik zu fachsimpeln.

Funklöcher beseitigen

Nach einer Führung durch das Papier- und Warenlager mit Martin Mettmann traf die Abgeordnete zwei Etagen höher auf Martin Kuhner. Der appellierte an Stumpp, sich für den Ausbau des Mobilfunknetzes einzusetzen. „Für mich gehört das Mobilfunknetz heutzutage zur Daseinsvorsorge“,

„Politik muss gute Bedingungen schaffen“

entgegnete die Grüne Abgeordnete, „und damit in die öffentliche Hand.“ Auch OB Herzog beklagte, bei Fahrten auf der A 81 entdecke er „jedes Mal ein neues Funkloch“.

Uli Bauknecht berichtete von seiner „kleinen Start-up-Firma“ softfolio digital innerhalb des Unternehmens: Fünf junge Leute entwickeln digitale Werkzeuge für Kommunen. Zum einen die CityHub App, zum anderen den Marktplatz Proregion.

CityHub App

Über die CityHub App könnte man mit nur einer App durch ganz Europa reisen und in jeder teilnehmenden Kommune kostenlos die wichtigen Informationen erhalten. Aber auch die eigenen Bürger erfahren über einen Newsletter oder Elnachrichten mehr aus ihrer Gemeinde. Besonders der Mängelmelder sei erfolgreich, weil die Verantwortlichen schnell mitbekommen, wo etwas im Argen liegt. „Die Bürgerzufriedenheit steigt“, so Bauknecht, wenn die Bürger sähen, ihre Sorgen würden ernst genommen.



Der Vorteil der App: Sie ist leicht auf die Bedürfnisse der Kommunen anzupassen, viele andere Netzwerke wie Facebook oder Instagram lassen sich damit verknüpfen. Und sie ist kostengünstig.

„Politik muss gute Bedingungen schaffen“

Eine kleiner Kommune wie Lauterbach zahlt einmalig 1000 Euro und pro Monat 80 Euro und hat ein taugliches System. Andere entwickelten eigene Apps für 130.000 Euro, die weit weniger könnten wie seine Cityhub App. „Ich verstehe nicht, warum jeder meint, er müsse das Rad neu erfinden“, so Bauknecht. 150 Kommunen hat er schon überzeugt.

Marktplatz proregion

Das zweite Projekt „Marktplatz proregion“ soll als digitaler Marktplatz den Kundenwünschen entgegenkommen. Bauknecht zitierte Untersuchungen, wonach sich 93 Prozent der Kunden im Internet vor einem Kauf über ein Produkt informieren. Gleichzeitig wünschen sich aber zwei Drittel eine persönliche Beratung.

Über das Portal proregion können Einzelhändler, Dienstleister, Handwerker oder Gastwirte ihre Produkte vorstellen. Sie können aber auch einen Internetshop integrieren. Für die Kunden interessant werde ein solches Portal allerdings erst, wenn 70 bis 80 Prozent der Gewerbetreibenden mitmachen. Der Raum dürfe nicht zu groß sein, damit sich die Kunden tatsächlich entschließen, vor Ort einzukaufen. Auch Kommunen können sich dort präsentieren. In wenigen Wochen möchte Bauknechts Team auch eine Jobbörse in den Marktplatz integrieren.



„Politik muss gute Bedingungen schaffen“

Bauknecht stellt seine Programme vor. Fotos: him

Ob ein solches Marktplatzangebot auch für den ganzen Kreis möglich wäre, fragte Kreisrat Hubert Nowak. Da seien die Entfernungen zu groß: „Es fährt niemand von Wehingen zum Einkaufen nach Schramberg“, erwiderte Bauknecht. Aber drei Marktplätze aufgeteilt in Rottweil, Oberndorf und Schramberg machten Sinn.

Subsidiaritätsprinzip

Für Schumpp ist die Infrastruktur von zentraler Bedeutung. Hier müsse die große Politik ansetzen. Auch bei der Ausbildung und der Fortbildung sei der Bund gefordert. Für welche Plattform sich eine Kommune entscheidet, oder welches Lernsystem eine Schule anschafft, das müssten nach dem Subsidiaritätsprinzip die Gemeinden und Schulen selbst entscheiden. „Die Politik muss gute Bedingungen für Start-ups schaffen“, findet Schumpp, „sie sollte sich aber nicht zu sehr auf der kommunalen Ebene einmischen.“

Sie fragte die jungen Mitglieder im Team, woher sie kommen und weshalb sie in Schramberg arbeiteten. Die meisten stammen aus der Gegend und haben auch in der Nähe studiert. Dass Fachkräfte in den ländliche Raum zurückkehren oder hier bleiben, hänge auch stark von der Digitalisierung ab, so Stumpp: „Stichwort gleiche Lebensverhältnisse im Ländlichen Raum.“